

Fikentscher/Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

An den
Deutschen Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Köln, 23.11.2012

**Artikel „Gedenk-Demos für die NSU-Opfer“ in der „taz“ vom 5.11.2012, Seite 1 und
Artikel „Protest ein Jahr nach Mord-Enthüllung“ in der „taz“ vom 5.11.2012, Seite 2**

Sehr geehrte Damen und Herren vom Presserat,

unter Bezugnahme auf den Pressekodex, Ziffer 1 und 2 (Achtung vor der Wahrheit, wahrhaftige Unterrichtung und Prüfung des Wahrheitsgehalts) legen wir – stellvertretend für unzählige weitere Artikel in verschiedenen Publikationen – Beschwerde ein gegen die Artikel „Gedenk-Demos für die NSU-Opfer“ in der „taz“ vom 5.11.2012, Seite 1, und „Protest ein Jahr nach Mord-Enthüllung“ in der „taz“ vom 5.11.2012, Seite 2, sowie die entsprechenden Online-Publikationen (Adressen siehe unten).

In den Artikeln ist von den „Opfern der Terrorzelle NSU“ die Rede, und es heißt: „Das Nazi-Trio war vor einem Jahr in Zwickau aufgefliegen.“ Und: „Protest ein Jahr nach Mord-Enthüllung“ Und: „Ein Jahr ist vergangen, seit bekannt geworden ist, dass der "Nationalsozialistische Untergrund" (NSU) zehn Morde begangen hat.“ Es ist von „NSU-Mordserie“ und „NSU-Trio“ die Rede. Es ist somit klar, welche Personen gemeint sind: Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe. Das ergibt sich aus der allenthalben stattfindenden Berichterstattung. Damit werden drei Personen (zwei tote und eine noch lebende) des Mordes bezichtigt, und es wird die unbewiesene Behauptung aufgestellt, diese drei Personen hätten die als Döner-Morde und Nagelbomben-Attentat bezeichneten Verbrechen begangen.

Begründung:

Es hat bislang keinen Gerichtsprozess gegeben, in dessen Rahmen die Vorwürfe bewiesen worden wären. Konkrete Einzelpersonen dürfen nicht öffentlich einer Straftat bzw. eines Verbrechens bezichtigt werden, das ihnen nicht gerichtlich nachgewiesen wurde. Solange das nicht der Fall ist, ist hier an den Tatbestand der üblen Nachrede oder der Verleumdung zu denken. Eine seriöse Berichterstattung müsste deshalb zumindest deutlich machen, dass lediglich ein Verdacht besteht – beispielsweise durch Verwendung von Wörtern wie „mutmaßlich“.


Anneliese Fikentscher/Andreas Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

Auch das so genannte Bekennervideo, von dem berichtet wird, dass es auf DVDs in den Trümmern einer ausgebrannten Wohnung in Zwickau gefunden worden sei, ist kein Beweismittel (Ein Transkript mit Text und Bildern liegt bei derjenigen Organisation vor, die dem „Spiegel“ die DVD im November 2011 verkauft hat: <http://nsu-watch.apabiz.de/files/2012/03/NSU-Transkript.pdf>). Das Video enthält keinerlei Hinweise auf die drei Personen. Mit der DVD ist die Bezeichnung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) geschaffen worden. Die DVD enthält aber keine Hinweise darauf, welche Personen sich diese Bezeichnung gegeben haben. Aber selbst wenn das Video nachvollziehbare Hinweise auf die Täterschaft enthielte, kann es nicht für Tatsachenbehauptungen herangezogen werden, solange es nicht von einem Gericht insbesondere hinsichtlich seiner Authentizität bewertet worden ist.

Stellen Sie sich bitte vor, wir würden in der Wohnung eines Presseratsmitglieds eine DVD mit einem Video „finden“, in dem verschiedene Verbrechen (Morde und terroristischen Anschläge) thematisiert werden. Dürften wir dann die Behauptung aufstellen, Sie hätten die Verbrechen begangen und Sie dann Mörder oder Terrorist nennen? Würden Sie das zulassen?

Statt sachlich-kritisch Bericht zu erstatten, wird einer Psychologie der Lynchjustiz Vorschub geleistet. Das zerstört einen Grundpfeiler des demokratischen Rechtsstaats und ist letztlich verfassungsfeindlich.

Mit freundlichen Grüßen



Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

Adressen der Online-Publikationen:

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=a1&dig=2012%2F11%2F05%2Fa0031&cHash=b47e93526e5e5ff3b8f8034d280027c4>

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=a2&dig=2012%2F11%2F05%2Fa0037&cHash=a7f6f1a1b559bf79ac7aa1b88d4dc465>

Anlage

Fikentscher/Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

An den
Deutschen Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Köln, 23.11.2012

Artikel „Der Brandstifter-Effekt“ in „Der Spiegel“ vom 5.11.2012, Seite 38ff

Sehr geehrte Damen und Herren vom Presserat,

unter Bezugnahme auf den Pressekodex, Ziffer 1 und 2 (Achtung vor der Wahrheit, wahrhaftige Unterrichtung und Prüfung des Wahrheitsgehalts) legen wir – stellvertretend für unzählige weitere Artikel in verschiedenen Publikationen – Beschwerde ein gegen den Artikel „Der Brandstifter-Effekt“ in „Der Spiegel“ vom 5.11.2012.

Dort heißt es: „Fast auf den Tag genau ein Jahr ist es her, dass die Rechtsterroristen vom NSU aufflogen.“ Anschließend werden die Namen der damit gemeinten Personen genannt: Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe. Diese drei Personen werden im Verlauf des Artikels desweiteren als „Neonazi-Trio“ und „Terror-Trio“ bezeichnet. Damit werden drei Personen (zwei tote und eine noch lebende) als Terroristen bezeichnet, und es wird die unbewiesene Behauptung aufgestellt, diese drei Personen hätten die als Döner-Morde und Nagelbomben-Attentat bezeichneten Verbrechen begangen. Dass es um diese Verbrechen geht, ergibt sich aus der allenthalben stattfindenden Berichterstattung.

Begründung:

Es hat bislang keinen Gerichtsprozess gegeben, in dessen Rahmen die Vorwürfe bewiesen worden wären. Konkrete Einzelpersonen dürfen nicht öffentlich einer Straftat bzw. eines Verbrechens bezichtigt werden, das ihnen nicht gerichtlich nachgewiesen wurde. Solange das nicht der Fall ist, ist hier an den Tatbestand der üblen Nachrede oder der Verleumdung zu denken. Eine seriöse Berichterstattung müsste deshalb zumindest deutlich machen, dass lediglich ein Verdacht besteht – beispielsweise durch Verwendung von Wörtern wie „mutmaßlich“.

Auch das so genannte Bekennervideo, von dem berichtet wird, dass es auf DVDs in den Trümmern einer ausgebrannten Wohnung in Zwickau gefunden worden sei, ist kein Beweismittel (Ein Transkript mit Text und Bildern liegt bei derjenigen Organisation vor, die dem „Spiegel“ die DVD im November 2011 verkauft hat: <http://nsu-watch.apabiz.de/files/2012/03/NSU-Transkript.pdf>). Das Video enthält keinerlei Hinweise auf die drei Personen. Mit der DVD ist die Bezeichnung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) geschaffen worden. Die DVD enthält aber keine


Anneliese Fikentscher/Andreas Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

Hinweise darauf, welche Personen sich diese Bezeichnung gegeben haben. Aber selbst wenn das Video nachvollziehbare Hinweise auf die Täterschaft enthielte, kann es nicht für Tatsachenbehauptungen herangezogen werden, solange es nicht von einem Gericht insbesondere hinsichtlich seiner Authentizität bewertet worden ist.

Stellen Sie sich bitte vor, wir würden in der Wohnung eines Presseratsmitglieds eine DVD mit einem Video „finden“, in dem verschiedene Verbrechen (Morde und terroristischen Anschläge) thematisiert werden. Dürften wir dann die Behauptung aufstellen, Sie hätten die Verbrechen begangen und Sie dann Mörder oder Terrorist nennen? Würden Sie das zulassen?

Statt sachlich-kritisch Bericht zu erstatten, wird einer Psychologie der Lynchjustiz Vorschub geleistet. Das zerstört einen Grundpfeiler des demokratischen Rechtsstaats und ist letztlich verfassungsfeindlich.

Mit freundlichen Grüßen



Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

Anlage

Fikentscher/Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

An den
Deutschen Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Köln, 23.11.2012

Artikel „Ein Jahr, kein Ergebnis“, Kölner Stadt-Anzeiger, 3./4.11.2012, Seite 2/3

Sehr geehrte Damen und Herren vom Presserat,

unter Bezugnahme auf den Pressekodex, Ziffer 1 und 2 (Achtung vor der Wahrheit, wahrhaftige Unterrichtung und Prüfung des Wahrheitsgehalts) legen wir – stellvertretend für unzählige weitere Artikel in verschiedenen Publikationen – Beschwerde ein gegen den Artikel „Ein Jahr, kein Ergebnis“, Kölner Stadt-Anzeiger, 3./4.11.2012, Seite 2/3 sowie die entsprechende Online-Publikation (Adresse siehe unten).

Dort heißt es: „Vor einem Jahr kam die rechtsextremistische Mordserie an zehn Menschen ans Licht.“ Zwar erscheinen in einem Satz Vorwürfe als Mutmaßung („die seit 14 Jahre untergetauchten Rechtsextremisten Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt... sollen gemeinsam mit der inzwischen verhafteten Komplizin Beate Zschäpe... eine rechtsterroristische Zelle namens ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ [NSU] gegründet und seit dem Jahr 2000 mindestens zehn Menschen ermordet haben“). Es werden dann aber trotzdem die Begriffe „Mördertrio“ und „Terrortrio“ ohne jede Distanzierung verwendet. Wie im Text werden die Namen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe auch in einer Bildunterschrift genannt. Die Formulierungen „rechtsextremistische Mordserie an zehn Menschen“, „Mördertrio“ und „Terrortrio“ besagen eindeutig, welche Verbrechen gemeint sind. Damit werden drei Personen (zwei tote und eine noch lebende) als Mörder bezeichnet und des Terrors bezichtigt (Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe), und es wird die unbewiesene Behauptung aufgestellt, diese drei Personen hätten die als Döner-Morde und Nagelbomben-Attentat bezeichneten Verbrechen begangen. Mit dem Satz „Eine DVD im zerstörten Haus des NSU zeigt die Bombe vor der Detonation“ wird unterstellt, als wäre das im Video zu sehende bombenförmige Objekt unzweifelhaft die Nagelbombe, die im nächsten Moment detoniert.

Begründung:

Es hat bislang keinen Gerichtsprozess gegeben, in dessen Rahmen die Vorwürfe bewiesen worden wären. Konkrete Einzelpersonen dürfen nicht öffentlich einer Straftat bzw. eines Verbrechens bezichtigt werden, das ihnen nicht gerichtlich nachgewiesen wurde. Solange das nicht der Fall ist, ist hier an den Tatbestand der üblen Nachrede oder der Verleumdung zu denken. Eine seriöse

Anneliese Fikentscher/Andreas Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

Berichterstattung müsste deshalb zumindest deutlich machen, dass lediglich ein Verdacht besteht – beispielsweise durch Verwendung von Wörtern wie „mutmaßlich“.

Auch das so genannte Bekennervideo, von dem berichtet wird, dass es auf DVDs in den Trümmern einer ausgebrannten Wohnung in Zwickau gefunden worden sei, ist kein Beweismittel (Ein Transkript mit Text und Bildern liegt bei derjenigen Organisation vor, die dem „Spiegel“ die DVD im November 2011 verkauft hat: <http://nsu-watch.apabiz.de/files/2012/03/NSU-Transkript.pdf>). Das Video enthält keinerlei Hinweise auf die drei Personen. Mit der DVD ist die Bezeichnung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) geschaffen worden. Die DVD enthält aber keine Hinweise darauf, welche Personen sich diese Bezeichnung gegeben haben. Aber selbst wenn das Video nachvollziehbare Hinweise auf die Täterschaft enthielte, kann es nicht für Tatsachenbehauptungen herangezogen werden, solange es nicht von einem Gericht insbesondere hinsichtlich seiner Authentizität bewertet worden ist.

Stellen Sie sich bitte vor, wir würden in der Wohnung eines Presseratsmitglieds eine DVD mit einem Video „finden“, in dem verschiedene Verbrechen (Morde und terroristischen Anschläge) thematisiert werden. Dürften wir dann die Behauptung aufstellen, Sie hätten die Verbrechen begangen und Sie dann Mörder oder Terrorist nennen? Würden Sie das zulassen?

Statt sachlich-kritisch Bericht zu erstatten, wird einer Psychologie der Lynchjustiz Vorschub geleistet. Das zerstört einen Grundpfeiler des demokratischen Rechtsstaats und ist letztlich verfassungsfeindlich.

Mit freundlichen Grüßen



Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

Adresse der Online-Publikation:

<http://www.ksta.de/politik/rechtsextremismus-ein-jahr-und-kein-ergebnis,15187246,20779378.html>

Anlagen

Fikentscher/Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

An den
Deutschen Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Köln, 23.11.2012

Artikel „Die unterschätzte Gefahr“, Sächsische Zeitung, 3./4.11.2012, Seite 1

Sehr geehrte Damen und Herren vom Presserat,

unter Bezugnahme auf den Pressekodex, Ziffer 1 und 2 (Achtung vor der Wahrheit, wahrhaftige Unterrichtung und Prüfung des Wahrheitsgehalts) legen wir – stellvertretend für unzählige weitere Artikel in verschiedenen Publikationen – Beschwerde ein gegen den Artikel „Die unterschätzte Gefahr“, Sächsische Zeitung, 3./4.11.2012, Seite 1.

Dort heißt es: „Vor einem Jahr flog das rechtsextreme Terror-Trio aus Zwickau auf.“ In einer Bildunterschrift werden drei Personen als „NSU-Terroristen Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe“ bezeichnet. Die Formulierungen „Terror-Trio aus Zwickau“ und „NSU-Terroristen Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe“ besagen eindeutig, welche Verbrechen gemeint sind. Damit werden drei Personen (zwei tote und eine noch lebende) als Terroristen bezeichnet (Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe), und es wird die unbewiesene Behauptung aufgestellt, diese drei Personen hätten die als Döner-Morde und Nagelbomben-Attentat bezeichneten Verbrechen begangen. Zudem wird die unbewiesene Behauptung aufgestellt, Beate Zschäpe habe am 4. November 2011 das Haus in der Zwickauer Frühlingsstraße in die Luft gesprengt.

Begründung:

Es hat bislang keinen Gerichtsprozess gegeben, in dessen Rahmen die Vorwürfe bewiesen worden wären. Konkrete Einzelpersonen dürfen nicht öffentlich einer Straftat bzw. eines Verbrechens bezichtigt werden, das ihnen nicht gerichtlich nachgewiesen wurde. Solange das nicht der Fall ist, ist hier an den Tatbestand der üblen Nachrede oder der Verleumdung zu denken. Eine seriöse Berichterstattung müsste deshalb zumindest deutlich machen, dass lediglich ein Verdacht besteht – beispielsweise durch Verwendung von Wörtern wie „mutmaßlich“.

Auch das so genannte Bekennervideo, von dem berichtet wird, dass es auf DVDs in den Trümmern einer ausgebrannten Wohnung in Zwickau gefunden worden sei, ist kein Beweismittel (Ein Transkript mit Text und Bildern liegt bei derjenigen Organisation vor, die dem „Spiegel“ die DVD im November 2011 verkauft hat: <http://nsu-watch.apabiz.de/files/2012/03/NSU-Transkript.pdf>). Das Video enthält keinerlei Hinweise auf die drei Personen. Mit der DVD ist die Bezeichnung

Anneliese Fikentscher/Andreas Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) geschaffen worden. Die DVD enthält aber keine Hinweise darauf, welche Personen sich diese Bezeichnung gegeben haben. Aber selbst wenn das Video nachvollziehbare Hinweise auf die Täterschaft enthielte, kann es nicht für Tatsachenbehauptungen herangezogen werden, solange es nicht von einem Gericht insbesondere hinsichtlich seiner Authentizität bewertet worden ist.

Stellen Sie sich bitte vor, wir würden in der Wohnung eines Presseratsmitglieds eine DVD mit einem Video „finden“, in dem verschiedene Verbrechen (Morde und terroristischen Anschläge) thematisiert werden. Dürften wir dann die Behauptung aufstellen, Sie hätten die Verbrechen begangen und Sie dann Mörder oder Terrorist nennen? Würden Sie das zulassen?

Statt sachlich-kritisch Bericht zu erstatten, wird einer Psychologie der Lynchjustiz Vorschub geleistet. Das zerstört einen Grundpfeiler des demokratischen Rechtsstaats und ist letztlich verfassungsfeindlich.

Mit freundlichen Grüßen



Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

Anlage

Deutscher Presserat | Postfach 100549 | 10565 Berlin

Frau Anneliese Fikentscher
Herrn Andreas Neumann
Merheimer Straße 107
50733 Köln

Deutscher Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Tel.: 030 - 367 007 - 0
Fax: 030 - 367 007 - 20

E-Mail: info@presserat.de
www.presserat.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
rp/tr
0695 - 0698/12/2

Datum
19.02.2013

Ihre Beschwerden vom 23.11.2012

./ SÄCHSISCHE ZEITUNG
./ DER SPIEGEL
./ KÖLNER STADT-ANZEIGER
./ TAZ

Sehr geehrte Frau Fikentscher, sehr geehrter Herr Neumann,

wir kommen zurück auf Ihre o. g. Beschwerden. Sie bitten um Prüfung, ob die folgenden Beiträge gegen die Publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserats verstoßen:

1. „Die unterschätzte Gefahr“, SÄCHSISCHE ZEITUNG vom 03./04.11.2012
2. „Der Brandstifter-Effekt“, DER SPIEGEL vom 05.11.2012
3. „Ein Jahr, kein Ergebnis“, KÖLNER STADT-ANZEIGER und Online vom 03./04.11.2012
4. „Protest ein Jahr nach Mord-Enthüllung“, TAZ vom 05.11.2012

Ihre Beschwerden sind im Vorverfahren gemäß § 5 der Beschwerdeordnung geprüft worden. Der Deutsche Presserat kam danach zu der Auffassung, dass ein Verstoß gegen den Pressekodex nicht vorliegt. Die Gründe hierfür möchten wir Ihnen nachfolgend näher erläutern.

Bei dem unter 1. genannten Artikel handelt es sich um einen Rückblick auf die Entdeckung der mutmaßlichen Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Diese werden darin mit Namen genannt. Der Artikel enthält die Fahndungsfotos der Betroffenen. Sie werden als „rechtsextremes Terror-Trio“ und „Neonaziterroristen“ bezeichnet, die rassistisch motivierte Verbrechen mit zehn Toten begangen hätten. Zschäpe hätte zudem ein Haus in die Luft gesprengt.

Bankverbindung
Deutsche Bank
Kto.Nr. 0 388 850
BLZ 380 700 59

In dem unter 2. genannten Artikel wird über ein Thesenpapier des Bundeskriminalamtes für Arbeit der Nachrichtendienste berichtet. Der Artikel nimmt Bezug auf den NSU. Uwe Mundlos wird als Angehöriger des Thüringer Heimatschutzes bezeichnet, in dem sich die späteren NSU-Täter radikalisiert hätten. Er und Uwe Böhnhardt seien tot aufgefunden worden. Weiter ist in dem Artikel von einem „Neonazi-Trio“ und einem „Terror-Trio“ die Rede. Der Artikel enthält ein Foto von einer Sitzblockade bei einem Aufmarsch zum Gedenken an Rudolf Heß. Darauf sind Mundlos und Zschäpe zu sehen, die in der Bildunterschrift als Demonstranten bezeichnet und namentlich genannt werden.

Der unter 3. genannte Artikel blickt zurück auf die Ermittlungen bezüglich der dem NSU zugerechneten Straftaten. Diese werden als „rechtsextremistische Mordserie an zehn Menschen“ bezeichnet. Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sollen gemeinsam mit der inzwischen verhafteten Komplizin Beate Zschäpe eine rechtsterroristische Zelle namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ gegründet und seit dem Jahr 2009 mindestens zehn Menschen ermordet haben. Sie werden weiterhin als „Mördertrio“ und „Terrortrio“ bezeichnet.

Der unter 4. genannte Artikel berichtet über Gedenkdemonstrationen für Opfer des NSU. Der NSU wird als „Terrorzelle“ bezeichnet. Es ist von einer „NSU-Mordserie“ die Rede. Der NSU habe zehn Morde begangen und rund zehn Jahre lang im Untergrund gelebt.

Sie sind der Ansicht, dass die Artikel gegen die Ziffern 1 und 2 des Pressekodex verstoßen. Es habe bislang keinen Gerichtsprozess gegeben, in dessen Rahmen die erhobenen Vorwürfe bewiesen worden wären. Konkrete Einzelpersonen dürften nicht öffentlich einer Straftat bzw. eines Verbrechens bezichtigt werden, das ihnen nicht gerichtlich nachgewiesen worden sei. Eine seriöse Berichterstattung müsse deshalb zumindest deutlich machen, dass lediglich ein Verdacht besteht.

Grundlage unserer Prüfung waren in diesem Zusammenhang die Ziffern 2*, 8** und 13*** des Pressekodex. Ein Verstoß dagegen ist jedoch vorliegend nicht ersichtlich.

Hinsichtlich des unter 4. genannten Artikels liegt keine identifizierende Berichterstattung vor. Denn der Artikel schildert zwar, dass der NSU zehn Morde begangen habe, nennt jedoch nicht die Namen dessen mutmaßlicher Mitglieder oder liefert andere Angaben, die diese identifizierbar machen. Allein diese Art der Berichterstattung ist in den Richtlinien 8.1**** Absatz 1 und 13.1***** geregelt.

In dem unter 2. genannten Artikel wird nicht ausdrücklich behauptet, dass die namentlich genannten Personen Straftaten begangen hätten. Die Bezeichnung als „Neonazi-Trio“ ist zutreffend und durch die Mitgliedschaft von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos in der Kameradschaft Jena des Thüringer Heimatschutzes belegt. Die Erwähnung des Begriffs „Terror-Trio“ steht nicht im textlichen Zusammenhang mit dem konkreten Vorwurf begangener Straftaten.

Fraglich ist allein die Zulässigkeit der Darstellungen in den unter 1. und 3. genannten Artikeln, in denen behauptet wird, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe hätten ein „rechtsextremes Terrortrio“ bzw. ein „Mörder-Trio“ gebildet und Zschäpe habe ein Haus in Zwickau in die Luft gesprengt. Zutreffend ist, dass die Vorwürfe nicht gerichtlich erwiesen sind. Dabei ist jedoch zunächst zu beachten, dass ein Verfahren gegen die Toten Böhnhardt und Mundlos nicht geführt wird, ein gerichtlicher Beweis daher auch in Zukunft nicht verfügbar sein wird. Zudem stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen Beate Zschäpe unmittelbar bevor. Darin wird sie als Mittäterin wegen Mordes in zehn Fällen, wegen Raubes in fünfzehn Fällen, wegen

versuchten Mordes und wegen schwerer Brandstiftung angeklagt. Demnach besteht der hinreichende Tatverdacht, dass die Beschuldigte die Taten im Zusammenwirken mit den beiden anderen mutmaßlichen Mitgliedern des NSU begangen hat. Zwar sind die Artikel noch vor Erhebung der Anklage erschienen. Aufgrund der Ergebnisse der umfassenden einjährigen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamts stellte sich die Täterschaft der namentlich genannten Betroffenen jedoch bereits als weit überwiegend wahrscheinlich dar. Gemäß Ziffer 2 des Pressekodex sind zur Veröffentlichung bestimmte Informationen mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Vor dem Hintergrund eines derartig ausermittelten Sachverhaltes erscheint der Verzicht auf die Bezeichnung als „mutmaßliche Täter“ nicht als grob sorgfaltswidrig.

Insgesamt konnten wir eine Verletzung der Publizistischen Grundsätze daher nicht feststellen.

Abschließend möchten wir uns für Ihre Beschwerde bedanken, die zu einer kritischen Überprüfung der Berichterstattung Anlass gegeben hat.

Mit freundlichen Grüßen



Roman Portack
Referent

* Ziffer 2 - Sorgfalt

Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen. Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden.

** Ziffer 8 - Persönlichkeitsrechte

Die Presse achtet das Privatleben und die Intimsphäre des Menschen. Berührt jedoch das private Verhalten öffentliche Interessen, so kann es im Einzelfall in der Presse erörtert werden. Dabei ist zu prüfen, ob durch eine Veröffentlichung Persönlichkeitsrechte Unbeteiligter verletzt werden. Die Presse achtet das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.

*** Ziffer 13 - Unschuldsvermutung

Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse.

**** Richtlinie 8.1 - Nennung von Namen/Abbildungen

(1) Bei der Berichterstattung über Unglücksfälle, Straftaten, Ermittlungs- und Gerichtsverfahren (s. auch Ziffer 13 des Pressekodex) veröffentlicht die Presse in der Regel keine Informationen in Wort und Bild, die eine Identifizierung von Opfern und Tätern ermöglichen würden. Mit Rücksicht auf ihre Zukunft genießen Kinder und Jugendliche einen besonderen Schutz. Immer ist zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und dem Persönlichkeitsrecht des Betroffenen abzuwägen. Sensationsbedürfnisse allein können ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit nicht begründen.

***** Richtlinie 13.1 - Vorverurteilung

Die Berichterstattung über Ermittlungs- und Gerichtsverfahren dient der sorgfältigen Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten und andere Rechtsverletzungen, deren Verfolgung und richterliche Bewertung. Sie darf dabei nicht vorverurteilen. Die Presse darf eine Person als Täter bezeichnen, wenn sie ein Geständnis abgelegt hat und zudem Beweise gegen sie vorliegen oder wenn sie die Tat unter den Augen der Öffentlichkeit begangen hat. In der Sprache der Berichterstattung ist die Presse nicht an juristische Begrifflichkeiten gebunden, die für den Leser unerheblich sind. Ziel der Berichterstattung darf in einem Rechtsstaat nicht eine soziale Zusatzbestrafung Verurteilter mit Hilfe eines "Medien-Prangers" sein. Zwischen Verdacht und erwiesener Schuld ist in der Sprache der Berichterstattung deutlich zu unterscheiden.

Anneliese Fikentscher/Andreas Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

Fikentscher/Neumann, Merheimer Str. 107, D-50733 Köln

An den
Deutschen Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Köln, 20.02.2013

Einspruch gegen Ihre Abweisung vom 19.02.2013

Ihr Zeichen
rp/tr 0695-0698/12/2

Unsere Beschwerden vom 23.11.2012
./ SÄCHSISCHE ZEITUNG + DER SPIEGEL + KÖLNER STADT-ANZEIGER + TAZ


Sehr geehrte Damen und Herren vom Presserat,

gemäß §5.3 der Beschwerdeordnung des Deutschen Presserats legen wir Einspruch ein gegen Ihre Abweisung. Unsere Beschwerden sind alles andere als „unschlüssig“ oder „offensichtlich unbegründet“, was unter §5.2 als Grund für eine Zurückweisung herangezogen werden könnte.

Der Grundsatz der Unschuldsvermutung (Pressekodex Ziffer 13) wird in den Artikeln, gegen die sich unsere Beschwerden richten, ist eindeutig verletzt. Der Sachverhalt der Vorverurteilung (Pressekodex Ziffer 13.1) ist eindeutig gegeben. Gemäß Ziffer 13.1 darf die Presse eine Person nur dann als Täter bezeichnen, „wenn sie ein Geständnis abgelegt hat und zudem Beweise gegen sie vorliegen oder wenn sie die Tat unter den Augen der Öffentlichkeit begangen hat“. Dies trifft alles nicht zu.

Ihre Argumentation zur Abweisung unserer Beschwerde ist nicht stichhaltig. Sie schreiben: „Zutreffend ist, dass die [in den Artikeln erhobenen Mord-]Vorwürfe nicht gerichtlich erwiesen sind.“ Ungeachtet dieser Feststellung kommen Sie zu dem Schluss, dass eine Verletzung der publizistischen Grundsätze nicht gegeben sei. Verdacht und Anklageerhebung sind keine Verurteilung. Ohne Urteil gilt die Unschuldsvermutung. Wenn Sie darüber hinweggehen, führen Sie Ihre eigenen Prinzipien ad absurdum und gefährden das zentrale Gebot der „wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit“ gemäß Pressekodex Ziffer 1.

Mit freundlichen Grüßen



Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann



presserat

Beschwerdeausschuss

Deutscher Presserat | Postfach 100549 | 10565 Berlin

Frau Anneliese Fikentscher
Herrn Andreas Neumann
Merheimer Straße 107
50733 Köln

Deutscher Presserat
Fritschestr. 27/28
10585 Berlin

Tel.: 030 - 367 007 - 0

Fax: 030 - 367 007 - 20

E-Mail: info@presserat.de
www.presserat.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

rp/tr
0695 - 0698/12/2-E

Datum

11.04.2013

Ihre Beschwerden vom 23.11.2012

./ SÄCHSISCHE ZEITUNG

./ DER SPIEGEL

./ KÖLNER STADT-ANZEIGER

./ TAZ

Sehr geehrte Frau Fikentscher,
sehr geehrter Herr Neumann,

wir kommen zurück auf Ihre o. g. Beschwerden und Ihren Einspruch vom 20.02.2013. Der Beschwerdeausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.03.2013 gemäß § 5 Absatz 3 der Beschwerdeordnung die Zurückweisung Ihrer Beschwerden im Rahmen der Vorprüfung bestätigt. Die Eingaben sind im Ergebnis unbegründet. Eine weitere Behandlung der Angelegenheit im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens findet daher nicht statt.

Der Beschwerdeausschuss hat sich bei seiner Entscheidung von folgenden Erwägungen leiten lassen: Hinsichtlich des Artikels in der TAZ vom 05.11.2012 unter der Überschrift „Protest ein Jahr nach Mord-Enthüllung“ ist festzuhalten, dass bereits keine identifizierende Berichterstattung im Sinne von Ziffer 8 des Pressekodex vorliegt. Denn die Namen der mutmaßlichen Täter werden in dem Artikel nicht erwähnt. Mangels Identifizierbarkeit ist in diesem Fall eine Vorverurteilung durch die Berichterstattung von vornherein ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Artikel in der SÄCHSISCHEN ZEITUNG vom 03./04.11.2012 unter der Überschrift „Die unterschätzte Gefahr“, im SPIEGEL vom 05.11.2012 unter der Überschrift „Der Brandstifter-Effekt“ sowie im KÖLNER STADT-ANZEIGER und dessen Online-Version vom 03./04.11.2012 unter der Überschrift „Ein Jahr, kein Ergebnis“ liegt aufgrund der Nennung der Namen der mutmaßlichen Täter eine identifizierende Berichterstattung vor. Eine gegen Ziffer 13 des Pressekodex verstoßende Vorverurteilung der

mutmaßlichen Täter ist nach Auffassung des Beschwerdeausschusses gleichwohl nicht gegeben. Satz 3 der Richtlinie 13.1^{****} bestimmt, wann die Presse jedenfalls und ohne weitere Abwägung des öffentlichen Interesses an der Berichterstattung und der Persönlichkeitsrechte eines mutmaßlichen Täters eine Person als Täter bezeichnen darf. Dies ist der Fall, wenn sie ein Geständnis abgelegt hat und zudem Beweise gegen sie vorliegen oder wenn sie die Tat unter den Augen der Öffentlichkeit begangen hat. Entgegen Ihrer Ansicht ergibt sich aus Wortlaut und Spruchpraxis hingegen nicht, dass die Presse eine Person „nur dann“ als Täter bezeichnen darf. Richtlinie 13.1 bestimmt allgemeine Sorgfaltspflichten für die Berichterstattung über Ermittlungs- und Gerichtsverfahren. Das Ermittlungsverfahren, welches gegen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt geführt wurde, betrifft eine Serie atypischer Straftaten mit politischem Hintergrund. Von üblichen Ermittlungsverfahren unterscheidet es sich u. a. dadurch, dass – auch aufgrund der intensiven gesellschaftlichen Debatte über die Taten und des hohen politischen Aufklärungsdruckes – die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt über ein Jahr lang mit besonders hoher Intensität Ermittlungen durchgeführt haben. Die Intensität der Ermittlungen hat zu einer Beweislage geführt, nach der begründete Zweifel an der Täterschaft der in den Artikeln genannten mutmaßlichen Täter nicht mehr bestehen und eine Bezeichnung als Täter daher aus presseethischer Sicht gerechtfertigt ist. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass gegen die Toten Mundlos und Böhnhardt kein Gerichtsverfahren mehr geführt wird. Daher hat das Ergebnis der Ermittlungen von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt hier als materielle Wahrheit zu gelten.

Insgesamt konnten wir eine Verletzung der Publizistischen Grundsätze daher nicht feststellen.

Abschließend möchten wir uns für Ihre Beschwerde bedanken, die zu einer kritischen Überprüfung der Berichterstattung Anlass gegeben hat.



Ursula Ernst
Vorsitzende des
Beschwerdeausschusses 2
(rp)

* § 5 Abs. 3 BO:

Der Beschwerdeführer hat die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen nach Absendung der Zurückweisung Einspruch einzulegen. Über den Einspruch entscheidet der Beschwerdeausschuss. Er kann entweder die Zurückweisung nach Absatz 2 bestätigen oder die Einleitung des Beschwerdeverfahrens nach §§ 6 ff. beschließen.

** Ziffer 8 - Persönlichkeitsrechte

Die Presse achtet das Privatleben und die Intimsphäre des Menschen. Berührt jedoch das private Verhalten öffentliche Interessen, so kann es im Einzelfall in der Presse erörtert werden. Dabei ist zu prüfen, ob durch eine Veröffentlichung Persönlichkeitsrechte Unbeteiligter verletzt werden. Die Presse achtet das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.

*** Ziffer 13 - Unschuldsvermutung

Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse.

**** Richtlinie 13.1 - Vorverurteilung

Die Berichterstattung über Ermittlungs- und Gerichtsverfahren dient der sorgfältigen Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten und andere Rechtsverletzungen, deren Verfolgung und richterliche Bewertung. Sie darf dabei nicht vorverurteilen. Die Presse darf eine Person als Täter bezeichnen, wenn sie ein Geständnis abgelegt hat und zudem Beweise gegen sie vorliegen oder wenn sie die Tat unter den Augen der Öffentlichkeit begangen hat. In der Sprache der Berichterstattung ist die Presse nicht an juristische Begrifflichkeiten gebunden, die für den Leser unerheblich sind.

Ziel der Berichterstattung darf in einem Rechtsstaat nicht eine soziale Zusatzbestrafung Verurteilter mit Hilfe eines "Medien-Prangers" sein. Zwischen Verdacht und erwiesener Schuld ist in der Sprache der Berichterstattung deutlich zu unterscheiden.